

TA 3.7.82

Stadtratsentscheid zur Berufs- und Frauenfachschule Winterthur

Die umstrittene Direktorin wird nicht abgesetzt

Die umstrittene Direktorin der Winterthurer Berufs- und Frauenfachschule wird nicht abgesetzt, wie dies die Berufslehrgewerkschaft und auch ein Teil der Lehrer gewünscht hatten (TA vom 18. Juni). Der Stadtrat hat aufgrund einer Untersuchung über den Führungsstil der Direktorin entschieden, die Frau wiederzuwählen – allerdings nur für zwei statt für die üblichen vier Jahre. Gleichzeitig bestimmte der Stadtrat ein Schulberaterteam, das bei Differenzen von Fall zu Fall beigezogen werden kann.

Die vom Stadtrat bestimmten Schulberater, eine Psychologin und ein Organisationsberater, sollen sowohl von der Direktorin als auch von den Lehrern und von der Aufsichtskommission der Schule beigezogen werden können. Wörtlich heisst es dazu in einer Mitteilung des Stadtrats an die Mitglieder des Grossen

Gemeinderats: «Die Aufgabe der Berater besteht darin, bei Anständen prüfend und vermittelnd einzugreifen, Ratschläge zu erteilen, bei konfliktträchtigen Sitzungen und Gesprächen ausgleichend zu wirken.»

Nur gerade zwei Tage vor den Sommerferien ist am Donnerstagabend an einem Hauptkonvent die Lehrerschaft über die Folgerungen des Stadtrats aus der Untersuchung informiert worden! Hier wurde über die Aufgabe der Berater ergänzend angemerkt, dass diese in der Schule und im Lehrkörper langfristig wieder ein gutes Betriebsklima herstellen sollen.

«Empört und niedergeschlagen»

Auf Anfrage zeigte sich Hans Röschmann, Hauptlehrer an der Berufs- und Frauenfachschule, «empört und niedergeschlagen zugleich über den Entscheid». Er erinnerte daran, wie «unverhältnismässig viel Kraft» schon vergeudet worden sei durch die spannungsgeladene Situation an der Schule, und statt dass sich nun die Lehrer endlich wieder mit ihrer ganzen Kraft den Schülern zur Verfügung stellen könnten, werde man auch in Zukunft belastet sein durch das Klima an der Schule. Leidtragende des unglücklichen Entscheids des Stadtrats seien eindeutig die Schüler. Verschiedene weiter befragte Lehrer stellten sich auf Anfrage hinter die Erklärung Röschmanns. Da die Information bis just vor den Schulferien herausgezögert worden ist, war es den Lehrern nicht mehr möglich, eine gemeinsame Stellungnahme abzufassen.

Ins Kreuzfeuer der Kritik war die Direktorin der Schule vor rund zwei Jahren geraten, als mit Parolen an Hauswänden auf den «Terror» an der Schule aufmerksam gemacht wurde. Lehrer klagten über ein «unerträgliches Arbeitsklima» und sprachen von «Willkür, Angst und Re-

pressionen». Über angebliche oder tatsächliche Schikanen an der Schule haben einige Lehrer ein umfangreiches Dossier angelegt. Wie weit solche Vorwürfe in der Untersuchung, die einem Rechtsanwalt übertragen worden war, erhärtet werden konnten, wird wohl sowohl für die Lehrer als auch für die Öffentlichkeit ein Geheimnis bleiben: Jedenfalls hatte der inzwischen altershalber zurückgetretene Winterthurer Schulvorsteher, Stadtrat Franz Schlegg, dem TA bereits vor zwei Wochen erklärt, man gedenke nicht, über die Ergebnisse der Untersuchung zu informieren, sondern lediglich über den Entscheid des Stadtrats. Kathrin Bänziger

Kulturinitiative in Winterthur eingereicht

kb. Vershen mit rund 1300 Unterschriften ist dieser Tage die Kulturinitiative der SP Winterthur eingereicht worden. Die Initiative fordert, dass zwei alte Kasernenliegenschaften in der Innenstadt in ein Zentrum umgewandelt werden, wo ein ungezwungener, selbstbestimmter Kulturbetrieb stattfinden und sich zeitgenössische junge Kultur besser als bisher entfalten kann. Für den Betrieb soll die Stadt einen festen jährlichen Beitrag leisten. Die Kulturinitiative will ein Gegengewicht schaffen zur etablierten Kultur, für die jährlich rund zehn Millionen Franken ausgegeben werden.

Horgen: Spitalneubau wird 1983 bezogen

ho. In Horgen konnte am Freitag die Auf-richte des Spitalneubaus gefeiert werden. Der Erweiterungsbau umfasst Operations- und Behandlungsräume. Die Inbetriebnahme des Neubautrakts ist im Herbst 1983 vorgesehen. An den Baukosten von rund zehn Millionen Franken beteiligt sich neben den Gemeinden Horgen, Hirzel und Oberrieden auch der Kanton Zürich. Nach Vollendung des neuen Gebäudes wird der bestehende Altbau einer Renovation unterzogen.

INFO-PARTNER



013359